

# Von der Regierung ins Rathaus?

Pläne. Zukunft von Landesrätin Königsberger-Ludwig ist in der SPÖ derzeit ein großes Thema

VON JOHANNES WEICHHART

Mit Sven Hergovich und Ulrike Königsberger-Ludwig sitzen zwei Sozialdemokraten in der nÖ. Landesregierung. Während Landesparteichef Hergovich Frontal-Opposition betreibt, gilt die Gesundheitslandesrätin als Konsenspolitikerin. Vor allem während der Corona-Pandemie zeigte die Mostviertlerin mit ihrer gewissenhaften Arbeit auf und bekam dafür auch Lob von ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Zuletzt gab es allerdings immer wieder Gerüchte, dass die SPÖ-Spitze Königsberger-Ludwig lieber in Amstetten als im St. Pöltner Regierungsviertel sehen würde. Ein Grund ist, dass im kommenden Jänner in NÖ-Gemeinderatswahlen stattfinden. Ein Hotspot wird dabei Amstetten sein. 2020 schaffte die Volkspartei hier die Sensation, legte kräftig zu und überholte damit die SPÖ. Seitdem lenkt Christian Haberhauer (ÖVP) die Geschicke der Stadt.

In der Partei stellt man sich nun die Frage, ob Königsberger-Ludwig, die sich über gute Beliebtheitswerte freuen darf, als Spitzenkandidatin in Amstetten das Ruder wieder herumreißen könnte. SPÖ-Landesge-



Manche Rote bringen Königsberger-Ludwig als Spitzenkandidatin für die Gemeinderatswahlen 2025 ins Spiel

schäftsführer Wolfgang Zwander will es zumindest nicht ausschließen: „Unabhängig von allen tagespolitischen Fragen lässt sich ganz sicher sagen, dass Ulrike Königsberger-Ludwig eine sehr starke und erfahrene Spitzenpolitikerin mit einem sehr klaren sozialen Profil ist. Vor diesem Hintergrund wäre Ulli logischerweise auch eine beliebte und großartige Bereicherung an der Spitze ihrer Heimatstadt. Ob sie diese Herausforderung auf sich

nehmen will, muss sie natürlich mit sich selbst ausmachen“, sagt er auf KURIER-Anfrage.

Sie selbst dürfte allerdings schon eine Entscheidung getroffen haben. Mitte Februar betonte sie in einem Gespräch mit den NÖN, dass das Amt der Bürgermeisterin von Amstetten nicht in ihrer Lebensplanung vorgesehen sei. An dieser Meinung soll sich bislang auch nichts geändert haben, ist zu hören.

Die Gemeinderatswahlen treiben derzeit aber auch die Neos um. Die Partei ist auf der Suche nach Personen, die sich für die Pinken in den Regionen künftig engagieren. „Wir wollen Menschen dazu ermutigen, ihre Ideen im Gemeinderat umzusetzen, um für eine saubere, transparente Politik einzutreten“, sagt Landesparteivorsitzende Indra Collini. Wenn es um politische Kräfte in den Städten und Gemeinden geht, gibt

es für die Pinken tatsächlich noch Luft nach oben. Derzeit sind 59 Neos-Gemeinderäte in 34 Gemeinden vertreten. Werbung macht die Partei unter anderem in den sozialen Netzwerken und per Postwurfsendungen.

Die EU-Wahl am 9. Juni hat unterdessen Alexander Bernhuber im Blick. Der Mostviertler, seit 2019 mit rund 30.000 Vorzugsstimmen für den Bauernbund im EU-Parlament, will gegen „praxisfremde Verordnungen“ kämpfen. „Die Landwirtschaft ist mit der täglichen Produktion wertvoller Lebensmittel zu wichtig, als dass man sie mit einer unnötigen Zettelwirtschaft lähmt.“ Auf ein gutes Ergebnis bei der EU-Wahl hoffen auch Bauernbundobmann Stephan Pernkopf und Landwirtschaftskammer-Präsident Johannes Schmuckenschlager. „Es braucht eine starke Vertretung der Bauern in Brüssel“, so Pernkopf.

Dass bei Klosterneuburg in einem „Natura 2000“-Schutzgebiet Bäume für eine Erdaushub-Deponie gerodet werden sollen, hat Niederösterreichs Grüne auf den Plan gerufen. Geplant sei, auf einer Fläche von über 40.000 Quadratmetern eine Deponie für über 350.000 Kubikmeter Aushubmaterial zu errichten. „Das Gebiet ist Landschaftsschutzgebiet, Vogelschutzgebiet und Teil des Biosphärenparks Wienerwald“, heißt es in der Begründung der Grünen, warum man dem Vorhaben einen Riegel vorschieben möchte. Der Deponiebetrieb würde außerdem zur Verlegung eines Wanderweges und einer Mountainbikestrecke führen. Daher fordert man jetzt vom NÖ Landtag Unterstützung für den Klosterneuburger Gemeinderat und eine Gesetzesänderung, die Deponien in „Natura 2000“-Gebieten verbietet.



Alexander Bernhuber (li.) ist bei der EU-Wahl am Start

# „Niederösterreich ist Ökostrom-Lokomotive“

Prämierung. Gemeinde-Initiativen wurden ausgezeichnet

VON STEFAN JEDLIČKA

Die Energie- und Umweltagentur des Landes (Enu) kürte im Stadtsaal Mank jene nÖ. Gemeinden, die den größten Zuwachs an Photovoltaik-Leistung pro Einwohner in einem Jahr verzeichnen konnten.

„2023 war ein Rekordjahr für erneuerbare Energie in Niederösterreich. Über 52.000 neue Photovoltaik-Anlagen wurden installiert. Ende 2023 waren insgesamt 125.000 Anlagen in Betrieb“, berichtete Landeshauptfrau-Stellvertreterin Stephan Pernkopf. „Das bedeutet, im Vorjahr wurden so viele Anlagen errichtet, wie in den letzten sechs Jahren. Damit ist Niederösterreich die Ökostrom-Lokomotive Österreichs.“

## Die Ausgezeichneten

Mit einem Zuwachs an Photovoltaik-Leistung von 6,7 Kilowatt-Peak sicherte



Auszeichnung: Enu-Geschäftsführer Herbert Greisberger, St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler, LH-Stellvertreterin Stephan Pernkopf und Ex-Fußballer Toni Pfeffer (v. li.)

sich Grafenwörth den Titel als Landesmeister. St. Pölten ist Sonnenmeister: Hier wurden die meisten Anlagen innerhalb eines Jahres errichtet: 932 Stück.

Die für innovative Lösungen im Bereich des Sonnenstroms ausgezeichneten Betriebe: Silosophie aus Engelhartstetten, wo Sonnenkraftwerke auf Silotürmen mit 174 Paneelen arbeiten, die 48.000 Kilowattstunden erzeugen. „DAS Energy“ aus Wiener Neustadt produziert flexible Photovoltaik-Systeme

für Gewächshäuser, Zelte und Container. Der dritte Innovationspreis ging an Prefa aus Markt/Lilienfeld für die Solardachplatte, die Dach und Sonnenkraftwerk vereint und bis zu 87 Prozent Recyclinganteil beinhaltet.

## Viel Optimismus bei Matinee der Wirtschaftskammer in Grafenegg

Inspirierend. 600 Unternehmerinnen und Unternehmer folgten der Einladung der Wirtschaftskammer NÖ ins Schloss Grafenegg. Das Streicher-Ensemble des Tonkünstler-Orchesters begeisterte bei der Matinee mit Filmmusik. Ex-Stuntfrau Miriam Höller schilderte in einer bewegenden Keynote ihre Lebensgeschichte samt inspirierendem Umgang mit Herausforderungen: der Rückkehr nach einem schweren Unfall und dem Tod ihres Partners.



Matinee: Präsident Wolfgang Ecker mit Keynote-Speakerin Miriam Höller

Auch Wirtschaftskammer-Präsident Wolfgang Ecker versprühte Optimismus: „Die blaugelben Unternehmerinnen und Unternehmer zeigen jeden

Tag Erfindergeist, Kreativität und den unternehmerischen Mut, Neues zu wagen. Daher können wir mit Zuversicht in die Zukunft schauen.“

## Österreichs größtes Solarkraftwerk

Weinviertel. Jungbunzlauer Austria hat in Pernhofen Österreichs größtes Photovoltaik-Kraftwerk in Betrieb genommen. Die 56 Megawatt-Peak-Anlage besteht aus mehr als 84.000 Modulen auf einer Fläche von 40 Hektar – umgerechnet 56 Fußballfelder. Pro Jahr sollen mehr als 60 Gigawattstunden Strom erzeugt werden, was dem jährlichen Verbrauch von rund 16.000 Haushalten entspricht.

Unter den Modulen sollen schon bald 300 Schafe

grasen. Zusätzlich zum Solarpark hat Jungbunzlauer gleichzeitig mehrere kleinere Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 3,6 Megawatt-Peak in Betrieb genommen – auf Lagerhallen sowie als Solar-Carports auf einem Parkplatz mit 400 Stellplätzen für Mitarbeiter.

Jungbunzlauer ist der weltgrößte Hersteller von Zitronensäure mit Standorten in Pernhofen bei Laa an der Thaya, in Deutschland, Frankreich und Kanada.

## SPLITTER

### Gut Streitdorf steigert Umsatz deutlich

Eines der größten Unternehmen im Weinviertel – und dennoch in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt – ist die Erzeugergemeinschaft (EZG) Gut Streitdorf mit Sitz in Niederhollabrunn im Bezirk Korneuburg. Mit der Vermarktung von 610.000 Mastschweinen, 509.000 Ferkeln, 61.000 Rindern sowie 12.000 Schafen und Ziegen hat die als Genossenschaft organisierte EZG für ihre mehr als 2.700 Mitglieder 2023 einen Umsatz von fast 285 Millionen Euro erwirtschaftet. Das waren um knapp 26 Millionen Euro oder 10 Prozent mehr als im Jahr davor.

\*\*\*

### Mehr Steuergeld für Städte und Gemeinden

Niederösterreichs 573 Städte und Gemeinden haben im ersten Quartal 2024 in Summe 598 Millionen Euro an Steuern aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben eingenommen. Das ist ein Zuwachs um 41 Millionen Euro oder 7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2023.